A7 Demokratie schützen – AfD verbieten. Wir beziehen Stellung.

Antragsteller*innen:	Valentin Gashi (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg) Niko Fanore (LV Grüne Jugend Berlin) Isabel Adler (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg) Jürgen Kobiela (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg) Marie Graser (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg)
Tagesordnungspunkt:	4. Inhaltliche Anträge

Antragstext

Wir beantragen, dass der Kreisverband Tempelhof-Schöneberg sich für die Zustimmung des vom CDU-Bundestagsabgeordneten Marco Wanderwitz initiiert und von zahlreichen Bundestagsabgeordneten der Fraktionen Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und SPD zur Befassung im Bundestag eingereichten Antrags, einsetzt.
In diesem Zusammenhang fordern wir die Bundestagsabgeordneten aus Berlin auf, diesen Antrag zu unterstützen und ihre Möglichkeiten für den Erfolg dieses Antrags einzusetzen.

Begründung

Die AfD gefährdet die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland. Durch ihre völkisch-nationalistischen Positionen verstößt sie gegen die in der Verfassung verankerten Prinzipien von Menschenwürde und Gleichheit. Ihre systematische Verbreitung von rassistischer, islamfeindlicher und fremdenfeindlicher Hetze führt zu einer gesellschaftlichen Spaltung, die das friedliche Zusammenleben gefährdet. Zudem untergräbt die AfD zentrale demokratische Institutionen und Prinzipien, indem sie rechtsstaatliche Grundsätze offen in Frage stellt. Die Partei arbeitet aktiv darauf hin, autoritäre Strukturen zu etablieren, was ein Verbot notwendig macht, um den Schutz der Demokratie zu gewährleisten.
Ein Verbot würde nicht nur extremistisches Gedankengut aus den Institutionen fernhalten, sondern auch signalisieren, dass demokratiefeindliche Ideologien in unserer Gesellschaft keinen Platz haben. Die AfD hat sich über Jahre hinweg von einer Protestpartei zu einer systematisch agierenden Bedrohung für die demokratische Ordnung entwickelt, insbesondere durch ihre Radikalisierung in Ostdeutschland und die Nähe zu rechtsextremen Gruppen. Ein Verbot ist daher unerlässlich, um die langfristige Stabilität der Demokratie zu sichern und Extremismus zu bekämpfen.